

Menschenrecht Wasser

Der Kampf in El Salvador für ein Allgemeines Wassergesetz

www.oeku-buero.de



Wasser darf nicht verkauft werden. Protest gegen die Wasserprivatisierung in El Salvador – Foto: RACDES

DIE GLOBALE WASSERKRISE

Wasser spielt in unserem Leben eine entscheidende Rolle. Sei es die morgendliche Tasse Tee oder Kaffee, die Körperhygiene, die Produktion von Lebensmitteln und deren Verzehr, all dies hängt mit der Verfügbarkeit von Wasser zusammen.

Der Bedeutung von Wasser für den Menschen im 21. Jahrhundert wurde 2010 durch die UNO Ausdruck verliehen, indem der „Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und Sanitärversorgung“ zum Menschenrecht erklärt wurde (UNO Resolution 64/292)¹.

70 Prozent der Erde sind mit Wasser bedeckt. Aber trotz dieses scheinbaren Überflusses steht dem Menschen nur sehr wenig dieses Wassers zur Verfügung. Denn lediglich 2,5 % Prozent des Wassers ist Süßwasser. Davon sind 69,7 Prozent in den Gletschern oder Polkappen als Eis gespeichert. Weitere 30 Prozent sind in unterirdischen Vorkommen gespeichert. Lediglich 0,3 Prozent des Wassers befindet sich nahe der Erdoberfläche in Flüssen oder Seen.

¹ www.un.org/Depts/german/gv-64/band3/ar64292.pdf

Wasser ist die Grundlage jeglicher Zivilisation und des menschlichen Fortschritts. Dieser Fortschritt hat jedoch dazu geführt, dass die wenigen bestehenden Vorkommen ausgebeutet, verschwendet und immer mehr verschmutzt werden. Die Folge ist eine globale Wasserkrise.

Weltweit haben 700 Millionen Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.

2 Milliarden leiden unter den Folgen des Mangels an sauberem Wasser, während 3 Milliarden Menschen der Zugang zu ausreichender Sanitärversorgung fehlt².

Die Wasserkrise hängt auch mit der wachsenden Weltbevölkerung und der damit notwendigen Steigerung der Nahrungsmittelproduktion zusammen. Ein weiterer Faktor ist die zunehmende Industrialisierung. So wird allein für die Energiegewinnung bis ins Jahr 2035 ein gesteigerter Wasserverbrauch von 20 Prozent prognostiziert. Unklar ist, woher dieses Wasser genommen werden soll.

² apps.who.int/iris/bitstream/handle/10665/177752/9789241509145_eng.pdf;jsessionid=A1328DBF96AF154A68C703F864FA6796?sequence=1

DER KAMPF IN EL SALVADOR FÜR EIN ALLGEMEINES WASSERGESETZ

Angeht die globale Wasserkrise steht die Menschheit vor immensen Herausforderungen. Sucht man nach einer Lösung für diese Probleme ist es wichtig zu erkennen, dass sich diese weltweite Krise aus vielen lokalen Krisen zusammensetzt, deren Ursachen und Lösungen unterschiedlich sein können.

In El Salvador waren im Jahre 2015 23 Prozent der Haushalte ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser. 46 Prozent mussten ohne Sanitärversorgung auskommen. Besonders betroffen sind Haushalte auf dem Land bzw. Familien, die in Armut oder extremer Armut leben.

Gründe für diese Situation sind zum einen die übermäßige Ausbeute der 27 wichtigsten Wasservorkommen und deren Verschmutzung durch giftige Chemikalien der Landwirtschaft. Zum anderen verhindert die Versiegelung der Böden aber auch die Abholzung, dass Wasser in die Erde eindringen und die Vorkommen wieder auffüllen kann. Des Weiteren werden die Flüsse zunehmend durch die nicht behandelten Abwässer der Städte und Industrien mehr und mehr verschmutzt. Nur zwei Prozent der Abwässer werden gereinigt. Der Klimawandel mit seinen häufig wiederkehrenden Phasen extremer Trockenheit erschwert die ohnehin vorhanden Probleme nur noch zusätzlich.

Bemerkenswert im Falle El Salvadors ist jedoch, dass im Allgemeinen die Niederschlagsmengen mehr als ausreichend für die Versorgung der Bevölkerung wä-

ren. Was jedoch fehlt, ist ein transparentes und effizientes System der Regulierung und Versorgung. So sind laut Informationen des Umweltministeriums El Salvadors 27 Institutionen mit den verschiedenen Facetten des Wassermanagements beauftragt.

Diese wenden ganz verschiedene Gesetze, wie zum Beispiel das Allgemeine Elektrizitätsgesetz, den Gesundheitskodex oder das Umweltgesetz - um nur einige zu nennen - an. Diese Vielzahl von zum Teil widersprüchlichen Verordnungen verhindert eine geordnete und zielgerichtete Wasserpolitik und führt zu Konflikten zwischen verschiedenen Verbraucher- und Interessengruppen.



Foto: andreas160578 bei Pixabay

Seit 2006 kämpfen soziale Bewegungen in El Salvador deshalb für die Verabschiedung eines allgemeinen Wassergesetzes. Fünf Forderungen sind dabei zentral:

1. Wasser muss als öffentliches Gut anerkannt werden,
2. Wasser und sanitäre Versorgung sollen auch in der nationalen Gesetzgebung als Menschenrecht anerkannt werden,
3. die Verwaltung des Wassers muss in öffentlicher Hand liegen,
4. die Wasservorkommen müssen nachhaltig verwaltet und bewirtschaftet werden,
5. es muss ein gerechtes System der Finanzierung und Wirtschaftlichkeit geben.

Es soll ein Mechanismus geschaffen werden, der die Wasserversorgung nach abgestuften Prioritäten sicherstellt. Demnach sei das Wichtigste die Versorgung der Bevölkerung mit Trink-

wasser, danach folgt die sanitäre Versorgung, als Drittes die kleinbäuerliche Landwirtschaft zur Sicherstellung der Ernährungssouveränität. Erst dann kommt die Nutzung des Wassers für Industrie und Energiegewinnung.

Im Jahre 2017 hat jedoch der Unternehmerverband mit den rechten Parteien dem Parlament das sogenannte Integrale Wassergesetz vorgelegt. Dieses unterscheidet sich vom Vorschlag der sozialen Bewegungen dahingehend, dass die Verwaltung der Wasserversorgung von einem Gremium geführt werden soll, bei dem Vertreter*innen der Privatwirtschaft die Mehrheit hätten. Dieses weckt die Befürchtung, dass die Wasserversorgung primär den Interessen der großen Agrar- und Industriebetriebe untergeordnet werden soll, bzw. im Extremfall sogar privatisiert wird. Dabei wird bezweifelt, dass eine solche Priorisierung den Zugang zum Menschenrecht auf Wasser gemäß den Forderungen der UNO sicherstellen kann.

Angeht die derzeitigen Mehrheitsverhältnisse im Parlament wäre eine Verabschiedung des Integralen Wassergesetzes im Sinne der Privatwirtschaft möglich. Massive Proteste der Bevölkerung haben jedoch dazu geführt, dass sich bis heute (Stand Juli 2019) die Parteien nicht getraut haben, dieses Gesetz weiter voranzutreiben. Eine Privatisierung der Wasserversorgung scheint somit unmittelbar nicht bevorzugen. Eine Lösung der Wasserkrise im Sinne der sozialen Bewegungen wird dadurch jedoch ebenfalls weiter verzögert.

WELTWEIT!

 haben **700 Millionen Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser**

 haben **2 Milliarden Menschen nur mangelhaften Zugang zu sauberem Trinkwasser**

 sind **3 Milliarden Menschen ohne ausreichende sanitäre Versorgung**

Quelle: UNICEF & WHO. (2015) Progress on sanitation and drinking water - 2015 update and MDG assessment. United States of America: Who Library Cataloguing-in-Publication Data.

ZENTRALE FORDERUNGEN DER SOZIALEN BEWEGUNGEN FÜR EIN ALLGEMEINES WASSERGESETZ IN EL SALVADOR



Wasser muss zum **öffentlichen Gut** erklärt werden.



Wasser muss als **Menschenrecht** anerkannt und garantiert werden.



Das **Wasserleitungsnetz** muss in **öffentlicher Hand** liegen.



Die **Quellen und Brunnen** müssen **nachhaltig verwaltet** werden mit dem Ziel, die Wasservorkommen für zukünftige Generationen zu erhalten.



Tarife und Subventionen müssen an den **wirtschaftlichen Bedingungen der Familien** ausgerichtet sein, um den Zugang zu Wasser für alle sicherzustellen.



Omar Flores ist Rechtsanwalt und arbeitet für die Stiftung zur Erforschung der Anwendung des Rechts - FESPAD (Fundación de Estudios para la Aplicación del Derecho) – Foto: Privat

INTERVIEW MIT OMAR FLORES AUS EL SALVADOR

Wieso braucht El Salvador ein allgemeines Wassergesetz?

Das Recht auf Wasser ist im Artikel 11 im „Internationalen Pakt für wirtschaftliche, kulturelle und soziale Rechte“ verankert. Obwohl El Salvador dieses Abkommen unterschrieben und ratifiziert hat, sind die nationalen Gesetze nicht an diese internationale Norm angepasst. Derzeit gibt es bezogen auf Wasser und der jeweiligen Ansprüche verschiedene Gesetze. Diesen fehlt jedoch der Bezug zu den Menschenrechten.

Die Vielzahl von Gesetzen führt für gewöhnlich dazu, dass dem Gebrauch des Wassers als Trinkwasser oder im häuslichen Bereich keine Priorität eingeräumt wird. Laut Umweltministerium werden 27 Prozent des verfügbaren Wassers dem häuslichen Gebrauch zugewiesen, während 52 Prozent den großen landwirtschaftlichen Betrieben zur Verfügung stehen.

Warum sind Sie mit der aktuell im Parlament vorgestellten Gesetzesvorlage nicht zufrieden?

Die Kommission für Umwelt- und Klimaschutz des Parlaments hat vier Gesetzesvorschläge zur Regulierung des Wassers erhalten. Einige dieser Vorlagen basieren auf den Gewinninteressen des Privatsektors.

Besonders die Diskussion über die Zusammensetzung der zukünftigen Direktion innerhalb der Behörde hat zu Konflikten in der Gesellschaft geführt, weil im Artikel 14 die Privatunternehmen in das Entscheidungsgremium integriert werden sollten.

Noch problematischer ist, dass diesen eine Mehrheit in besagtem Gremium eingeräumt werden soll.

Warum sind Sie nicht damit einverstanden, dass private Unternehmen die Verteilung des Wassers in El Salvador kontrollieren?

Es ist in erster Linie der Staat, der seinen Bürger*innen das Menschenrecht auf Wasser garantieren sollte. Darüber hinaus hat der Privatsektor gewisse Interessen bezogen darauf, wem er das im Land vorhandene Wasser zukommen lassen möchte. Dabei muss man bedenken, dass 73 Prozent des Wassers für wirtschaftliche Aktivitäten genutzt werden. Das ist sehr weit von der Forderung entfernt, dass Wasser in erster Linie dafür genutzt werden sollte, die menschlichen Grundbedürfnisse zu decken.

Was wäre also Ihr Vorschlag für ein allgemeines Wassergesetz und warum würde das den Bedürfnissen der Bevölkerung mehr entsprechen?

Innerhalb der sozialen Organisationen gibt es einen Konsens über fünf nicht verhandelbare Punkte:

- a) Wasser sollte als öffentliches Gut erklärt werden, obwohl es noch besser wäre dieses zum Gemeingut zu erklären.
 - b) Das Gesetz sollte Wasser als Menschenrecht garantieren. In Übereinstimmung mit internationalen Normen muss dabei der Grundversorgung und der kleinbäuerlichen Produktion zur Gewährleistung der Ernährungssouveränität Priorität eingeräumt werden.
 - c) Die Leitungen müssen in öffentlicher Hand liegen, ohne Beteiligung des Privatsektors. Das heißt, die Wasserbehörde muss aus staatlichen Institutionen zusammengesetzt sein.
 - d) Die Quellen und Brunnen müssen nachhaltig verwaltet werden mit dem Ziel, die Wasservorkommen für zukünftige Generationen zu erhalten.
 - e) Es muss einen Finanzplan geben, der die Tarife und Subventionen an den wirtschaftlichen Bedingungen der Familien ausrichtet, um den Zugang sicherzustellen.
- Derzeit ist innerhalb des Parlaments die Diskussion über besagtes Gesetz aufgrund starker sozialer Proteste gegen die Privatisierung des Wassers ausgesetzt.

Die derzeitigen Mehrheitsverhältnisse würden es erlauben, ein Gesetz gemäß den Vorstellungen der Privatwirtschaft abzuschließen. Allerdings haben es die sozialen Proteste geschafft, ein notwendiges Gegengewicht zu erzeugen.

Wie können wir von Deutschland aus den Kampf gegen die Privatisierung des Wassers unterstützen?

Es wäre wichtig darauf einzuwirken, dass internationale Organisationen sich für ein Gesetz mit dem Schwerpunkt auf Menschenrechte aussprechen. Gleichzeitig wäre es wichtig, die Solidarität der Menschen untereinander im Kampf für ein Menschenrecht auf Wasser zu stärken.

QUELLEN UND ANREGUNGEN ZUM WEITERLESEN

McKinley, Andres (2018), La crisis hídrica en el Salvador, Hechos y Retos, UCA Editores

UNICEF & WHO (2015) Progress on sanitation and drinking water – 2015 update and MDG assessment, www.unicef.org/publications/index_82419.html

UNICEF & WHO (2017), Progress on drinking water, sanitation and hygiene: 2017 update and SDG baselines, www.who.int/water_sanitation_health/publications/jmp-2017/en/

Informationen zu Wasser in der Agenda 2030 auf des BMZ:

www.bmz.de/de/themen/wasser/internationale_wasserpolitik/agenda_2030/index.html

Agenda 2030 konkret. Synergien und Konflikte zwischen Wasser (SDG 6) und weiteren Zielen.

www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepa-piere/QBS_de.pdf